

Massenproteste im Iran: Anmerkungen zu einer Erklärung von Friedensorganisationen

[18. Januar 2026](#) [Abhängigkeit](#), [Bedrohung](#), [CIA](#), [Destabilisierung](#), [Einmischung](#), [Erklärung](#), [Feindbild](#), [Friedensbewegung](#), [Gewalt](#), [Iran](#), [Krise](#), [Narrativ](#), [Polizei](#), [Protest](#), [Säkularität des Staates](#), [Sanktionen](#), [Todesopfer](#), [USA](#), [Wirtschaftskrieg](#)

Massenproteste im Iran: Anmerkungen zu einer Erklärung von Friedensorganisationen

von **Joachim Guilliard**

Erstveröffentlichung am 16.01.2026 im [Blog des Autors](#)

In einer gemeinsamen Erklärung ([↓ S.U.](#)) verurteilen die IPPNW, das Netzwerk Friedenskooperative, die DFG-VK und Ohne Rüstung Leben „die exzessive Gewalt der iranischen Regierung gegen die Protestierenden“, ohne auf die von Regimegegnern ausgehende Gewalt, die westliche Einmischung und den Wirtschaftskrieg gegen das Land einzugehen. Dabei hat die massive Verschlechterung der Lebensbedingungen infolge der Verschärfung des Embargos durch Trump und die EU im Laufe des letzten Jahres, die Proteste angefacht.

Anbei meine kritischen Anmerkungen, die ich in einer Mail über einen IPPNW-Verteiler sandte.

Update: Die [Erklärung der Bundesvereinigung VVN-BdA](#) ist noch einseitiger und schräger. Hier wird allen Ernstes die deutsche Regierung aufgefordert, „den Druck auf die Machthaber in Teheran erhöhen.“

Die erste Frage, die sich mir stellte, war, was treibt eigentlich die IPPNW, Netzwerk Friedenskooperative und DFG-VK mal wieder an, eine Erklärung zu den inneren Geschehnissen eines fremden Landes abzugeben? Zu einem vom eigenen Land und seinen Verbündeten belagerten und angegriffenen Land und auf Basis ungesicherter Quellen und aus dem grob einseitigen Blickwinkel hiesiger Politik, Mainstreammedien und pro-westlicher iranischer Regimegegnern. Sollten Friedensorganisationen sich nicht zuerst um die unheilvolle Politik der eigenen Regierung kümmern?

Wenn es um einen erklärten Feind geht, sollte man dann die Berichte darüber nicht mit einer gewissen Vorsicht lesen? Bekanntlich stirbt die Wahrheit schon lange vor dem Krieg. (s. z.B. [Network linked to Israel pushes to shape external Iran protest narrative](#))

Bevor man sich hinter die herrschenden Narrative stellt, sollte man sich m.E. wenigsten auch mal die Berichterstattung aus der Region anschauen. z.B. arabische wie [Al Jazeera](#), die nicht pro-iranisch sind, aber näher dran und neutraler. Diese zeichnen ein deutlich anderes Bild.

Oder kritischere westliche, kenntnisreichere Stimmen wie Knut Mellenthin, z.B. vor drei Tagen: [Propagandakrieg um Iran](#)

Wenn man liest, dass bis letzten Sonntag schon über 100 staatliche Einsatzkräfte getötet wurden, dann dürfte doch klar sein, dass die staatlichen Organe nicht bloß – wie auch in der Erklärung unten suggeriert wird – gegen friedliche Proteste vorgehen.

Tatsächlich hat die iranische Regierung, wie auch in westlichen Medien berichtet wurde, zunächst zurückhaltend reagiert und die ursprünglichen Proteste gegen die desolaten wirtschaftlichen Verhältnisse und die unzureichenden Maßnahmen der Regierung dagegen, als legitim und teils gerechtfertigt bezeichnet. Auch die Polizei reagierte anfangs verhalten.

Das änderte sich, als bewaffnete Gruppen, wie die auch von Deutschland ausgerüsteten Volksmudschahedin, in Aktion traten, erste Einsatzkräfte getötet, Polizeistationen, Behörden, Bankfilialen ... angegriffen und in Brand gesteckt wurden.

Der Mossad brüstet sich bekanntlich offen, er unterstütze die Proteste mit tausenden Agenten. Die CIA und andere westl. Dienste sind natürlich auch schon lange vor Ort aktiv. Das ist erneut das typische Szenario, wie in Libyen und Syrien, wo genuine, sich gegen konkrete Probleme richtende Proteste, die die Chance hatten, Reformen zu bewirken, gekapert und in einen gewaltsamen Aufstand umgewandelt werden, der dann, wie zu erwarten auch die Reaktion des Staates eskalieren lässt.

Auch John Mearsheimer, sprach gestern in einem Interview über die zentrale Rolle Israels und der USA bei der Auslösung und Anheizung der Proteste und betonte, dass ihr Ziel nicht bloß ein Regimewechsel ist, sondern auch die Spaltung des Iran, genau wie in Syrien ([Trying to Wreck Iran and Failing](#)).

Im linken, auf West-Asien spezialisierten Magazin *The Cradle* erfährt man z.B. auch, dass es sehr große Demos gegen die gewaltsamen Ausschreitungen und die ausländische Einmischungen gibt.

([Millions take to the streets of Iran in mass counterprotests against riots, foreign interference](#), 12.01.2026 – *Dozens have been killed by armed rioters across Iran in recent weeks, including over 100 members of the security forces, several civilians, and children*)

Es geht nicht darum, das iranische Regime zu verteidigen, sondern durch ein vollständigeres Bild besser zu verstehen, was die größten Bedrohungen für die Iraner sind und wie der Mehrheit von ihnen am ehesten geholfen ist. Zu einem vollständigeren Bild gehört, dass im Iran die Todesstrafe leider exzessiv angewendet wird, es aber keine Massenhinrichtungen in den letzten Wochen gab. Die von den USA gestützte und im Westen oft zitierte *Human Rights*

Activists News Agency (HRANA) [meldete zwar](#), dass es Anfangs des Jahres schon viele Hinrichtungen gab, aber keine von Teilnehmern von Protesten.

Die Geschichte hat gezeigt, dass unter massiver äußerer Einmischung, militärischer Bedrohung, wirtschaftlicher Strangulation ... keine fortschrittliche gesellschaftliche Alternative möglich ist,

Aktuell liegt die Zukunft des Irans leider nicht [wie der Pressereferent der IPPNW in Erwiderung auf eine Kritik meinte] „in einer demokratischen, säkularen Republik, in der das iranische Volk seine Geschicke selbst bestimmt“. Es gibt auch nicht „das iranische Volk“ – ein erheblicher Teil, wenn nicht die Mehrheit der Iraner, ist für einen islamischen Staat und noch mehr wenden sich gegen eine pro-westliche Orientierung. Im Falle eines Umsturzes würden die Gegensätze in bewaffnete Kämpfe münden und den Iranern das Schicksal der Syrer oder Libyer drohen.

Und das wäre durchaus im Sinne Israels, der USA & Co., würde es doch den Iran als Regionalmacht, BRICS-Mitglied, Verbündeter Russlands und China ausschalten.

Natürlich können wir die Gewalt iranischer Einsatzkräfte gegen gewaltfreie Demonstranten anprangern, sofern sie gut belegt ist, dürfen aber die Gewalt der anderen Seite nicht ausblenden, die sie anstachelt und ebenfalls Zivilisten tötet und verwundet.

Wer positive Änderungen im Iran will, muss sich vor allem gegen die Belagerung des Landes engagieren. Kluge iranische Regimekritiker, wie Bahman Nirumand haben immer wieder betont, dass Druck, Einmischung und Isolierung, stets zivil-gesellschaftliche Spielräume verengt.

Und wir müssen auch gegen die brutalen Wirtschaftsblockaden protestieren, deren Auswirkungen das Gros der Bevölkerung am meisten belasten und die Protestwelle auslösten.

Trump hat sie im Frühjahr noch weiter verschärft, mit dem erklärten Ziel, die Iraner durch drastische Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage derart in die Verzweiflung zu treiben, dass sie sich gegen das Regime erheben.

Die direkte militärischen Aggression Israels und der USA steigerten die wirtschaftlichen Probleme des Landes weiter und Berlin, Paris und London gaben durch Reaktivierung der mit dem Wiener Atomabkommen aufgehoben Sanktionen, noch einen Schlag oben drauf.

Der Wechselkurs der Rial wurde dadurch weiter nach unten gedrückt und die Inflation sprang von 40 auf 50 Prozent.

(s. dazu meine Artikel [Iran nach dem Zwölf-Tage-Krieg](#) vom 26.12.2025, und [Iran: Destabilisieren durch Strangulieren](#) v. 7.1.2026)

Außenminister Wadephul freut sich nun offen darüber, dass die EU-Restriktionen, die Millionen Iraner weiter in die Armut trieben, den Aufstand befeuert haben. "Das heißt: Sanktionen wirken und auf diesem Weg sollten wir weiter vorangehen." ([Wadephul freut sich über Aufstand im Iran: "EU-Sanktionen wirken"](#), Lost in EU, 12.1.2026)

Er gesteht damit offen ein, dass sich die Wirtschaftsblockaden keineswegs „nur gegen das Regime“ richten, wie dt. Regierungen immer beteuern, sondern die Menschen im Iran unter Druck setzen sollen, sie als Geisel nehmen.

Es gibt keine spezifische Schätzung, wie viele Todesopfer der Wirtschaftskrieg gegen den Iran schon forderte. Aber mit Sicherheit umfassen sie einen signifikanten Teil der halben Million Menschen, die gemäß einer [Studie im britischen Fachjournal The Lancet](#) pro Jahr weltweit durch Wirtschaftssanktionen ums Leben kommen.

Die Wirtschaftsblockaden werden mit keinem Wort erwähnt. Der [indische Historiker Vijay Prashad schreibt treffend:](#)

Die Iraner müssen ihre Probleme selbst lösen. Das Sanktionsregime und die Androhung von Gewalt tun nichts, um dies zu ermöglichen.

Im Westen, wo Demonstranten geschlagen und sogar getötet werden, weil sie die Palästinenser unterstützen und gegen die Einwanderungspolitik protestieren, ist es leicht, „Solidarität mit den Iranern“ zu sagen. Und irgendwie scheint es viel schwieriger zu sein, „Beendet die Sanktionen“ zu fordern und damit dem iranischen Volk zu ermöglichen, selbst über seine Zukunft zu entscheiden.

Joachim Guilliard koordiniert das „Friedensbündnis Heidelberg“ und ist Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes

Dokumentiert: IPPNW-Pressemitteilung: Massenproteste im Iran, IPPNW fordert Ende der Gewalt

Die IPPNW hat anlässlich der Massenproteste im Iran am 14.01.2026 eine Bündnis-Pressemitteilung versendet – gemeinsam mit Netzwerk Friedenskooperative, DFG-VK, Ohne Rüstung Leben -, in der die exzessive Gewalt der iranischen Regierung gegen die Protestierenden verurteilt wird, nachzulesen unter

<https://www.ippnw.de/frieden/artikel/de/friedensorganisationen-fordern-ende.html>

Am 15.01.2026 folgte eine eigene Stellungnahme der IPPNW, die im Folgenden wiedergegeben wird (nachzulesen auch [hier](#)):

Massenproteste im Iran – IPPNW fordert Ende der Gewalt

Die IPPNW solidarisiert sich mit den Menschen im Iran, die unter Lebensgefahr für Demokratie und Menschenrechte demonstrieren. Die Friedensorganisation, in der sich Menschen aus dem Gesundheitswesen engagieren, fordert ein Ende der Gewalt gegen die Protestierenden und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Bundesregierung müsse die Abschiebung iranischer Staatsangehöriger sofort stoppen und sich gegenüber den USA gegen eine militärische Intervention einsetzen. Die internationale Gemeinschaft solle alle ihr zur Verfügung stehenden gewaltfreien Mittel nutzen, um die Protestierenden zu schützen und der Gewalt im Iran ein Ende zu setzen.

Die iranische Regierung geht mit unvorstellbarer Härte gegen die Demonstrierenden vor. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation HRANA sind seit Protestbeginn im Iran mehr als 2.600 Menschen ums Leben gekommen, zehntausende wurden verhaftet. Den Verhafteten droht die Todesstrafe, wie erste Urteile belegen. Ein Augenarzt aus Teheran berichtet, dass in einer einzigen Klinik allein 400 Patient*innen mit Augenverletzungen durch Schusswaffen behandelt werden mussten. Die tatsächlichen Opferzahlen könnten weit über den Schätzungen liegen. Medizinische Gutachten zeigen eine Veränderung in den Unterdrückungsmethoden der Sicherheitskräfte. Während bei früheren Einsätzen gegen die Demonstrant*innen hauptsächlich Tränengas oder Gummigeschosse zum Einsatz kam, wird nun nach Medienangaben in viel größerem Umfang scharfe Munition verwendet. Mehrere Ärzt*innen bestätigten, dass die von ihnen behandelten Schussverletzungen sowohl von scharfer Munition als auch von Schrotkugeln stammen. Die Regierung lässt offenbar gezielt auf Augen und Unterleib schießen, damit den Demonstrierenden Verstümmelung droht, wenn sie die Angriffe überleben.

Laut Medienberichten arbeiten die Notaufnahmen in ganz Teheran in einem nahezu konstanten Zustand der Triage. Ärzt*innen berichten, dass Traumaverletzungen, Atemwegskomplikationen und unbehandelte Erkrankungen die Aufnahmen dominieren und wenig Raum für routinemäßige Notfälle wie Herzkrankheiten oder chirurgische Fälle lassen. Teilweise sind die Krankenhäuser so überfüllt, dass die Patient*innen bei Minusgraden unter freiem Himmel untergebracht werden müssen. Hinzu kommt noch, dass Sicherheitskräfte regelmäßig die Krankenhäuser durchkämmen und Patient*innen verhaften. Schon bei den Protesten vor drei Jahren wurde kritisiert, dass Patient*innen deshalb außerhalb von Gesundheitseinrichtungen betreut werden mussten und medizinisches Personal selbst zur Zielscheibe von Repression wurde.

„Die brutale Unterdrückung des Strebens nach Demokratie und Menschenrechten spiegelt sich in den dramatischen Zuständen in iranischen Krankenhäusern wider. Die IPPNW fordert, dass die iranische Regierung das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit friedlicher Protestierender wahrt. Demokratie lässt sich nicht herbei bomben, weder im Iran noch in Venezuela oder in Gaza“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Bild oben: Plakate gegen das iranische Regime, einige mit einem Foto von Reza Pahlavi, lagen nach dem Ende einer Protestaktion am 17. Januar 2026 auf der Statue „Die Messerringer“ (Bältespännarna) im Bältespännarparken in Göteborg, Schweden.

Foto: Crannofonix News, [CC BY 4.0](#)

Quelle: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=182001657>